

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 25.06.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neuerscheinung

Max Hofmann

Volksgesetzgebung

Die Monografie analysiert die direkte Demokratie als "Volksgesetzgebung" und ihre Beziehungen zum Repräsentativsystem.

ISBN 978-3-902883-46-9, 1. Auflage, XVII und 157 Seiten, Harteinband, 40 EUR // Nähere Infos finden Sie hier.

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI II 267/2021

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Führerscheingesetz-Gesundheitsverordnung geändert wird (10. Novelle zur FSG-GV)

BGBI II 268/2021

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus zur Durchführung des Bildungsdokumentationsgesetzes 2020 (Bildungsdokumentationsverordnung 2021 – BilDokV 2021)

BGBI II 270/2021

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Einreiseverordnung geändert wird

BGBI III 97/2021

Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen auf Gibraltar

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 221 v 21.06.2021, 12

Empfehlung (EU) 2021/992 des Rates vom 18. Juni 2021 zur Änderung der Empfehlung (EU) 2020/912 zur vorübergehenden **Beschränkung** nicht unbedingt notwendiger **Reisen** in die **EU** und möglichen Aufhebung dieser Beschränkung

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

08.06.2021, <u>E 1559/2021</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung eines Antrages auf internationalen Schutz betreffend einen türkischen Staatsangehörigen auf Grund mangelhafter Auseinandersetzung mit Länderberichten insb im Hinblick auf die politische Gesinnung bzw Volksgruppenzugehörigkeit sowie die Erkrankung des Antragstellers; Abweisung des nach Beschwerdeerhebung und Entrichtung der Eingabengebühr gestellten Verfahrenshilfeantrags mangels Rückwirkung

16.06.2021, V 81/2021

COVID-19-MaßnahmenG; Gesetzwidrigkeit einer VO des Landeshauptmanns von Tirol betreffend die Einhaltung eines **Mindestabstands zu haushaltsfremden Personen** ab dem Verlassen des eigenen Wohnsitzes wegen Überschreitung der damals geltenden gesetzlichen Ermächtigung nach dem – lediglich das Betreten bestimmter Orte zulassenden – COVID-19-MaßnahmenG

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

02.04.2021, Ro 2021/01/0010

StaatsbürgerschaftsG; der Fremde hat seine Identität, auf die er sich im Verfahren beruft durch unbedenkliche Urkunden oder sonst geeignete gleichwertige Bescheinigungsmittel nachzuweisen; eine Urkunde ist unbedenklich, wenn sie die "gehörige äußere Form" aufweist; die vorgelegten Nachweise müssen einer Nachprüfung in Österreich zugänglich sein; führen die Nachweise und die Ermittlungen nicht zur zweifelsfreien **Feststellung der Identität**, so hat die Behörde (das VwG) die Identitätsfeststellung von Amts wegen auf andere Weise – insbesondere durch Einsicht in geeignete Datenbanken, Befragung von Identitätszeugen – zu versuchen; kann die Identität des Fremden auch dann nicht zweifelsfrei festgestellt werden oder kommt der Fremde seiner Mitwirkungspflicht nicht nach, ist der **Antrag auf Verleihung** abzuweisen

26.05.2021, Ra 2019/04/0071

UVP-G; **AVG**; Antragsänderungen sind gem § 13 Abs 8 AVG unzulässig, wenn sie die "sachliche und örtliche Zuständigkeit berühren"; nach stRsp des VwGH ist in diesem Fall das Vorbringen als neuer Antrag unter konkludenter Zurückziehung des alten Antrags zu werten; im vorliegenden Fall wird durch die Antragsänderung zwar die Zuständigkeit insoweit berührt, als durch die nachträgliche Erhöhung der Megawattleistung des Windparks die (neue) – für die Frage der UVP-Pflicht von Anlagen zur Nutzung von Windenergie maßgebliche – Schwelle der Z 6 lit a, Spalte 2 des Anhangs 1 des UVP-G idF BGBI I 80/2018 überschritten wird, die Antragsänderung hat angesichts der während des beim BVwG anhängigen Verfahrens – ohne entsprechende Übergangsbestimmung – erfolgten **Anhebung des gesetzlichen Schwellenwerts** von 20 MW auf 30 MW jedoch zu keiner **Zuständigkeitsänderung** geführt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

22.06.2021, C-682/18, YouTube

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Urheberrecht** und verwandte Schutzrechte – Bereitstellung und Betreiben einer Video-Sharing- oder Sharehosting-Plattform – Haftung des Betreibers für Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums durch **Nutzer seiner Plattform** – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 und Art 8 Abs 3 – Begriff 'öffentliche Wiedergabe' – Richtlinie 2000/31/EG – Art 14 und 15 – Voraussetzungen, unter denen die Haftungsbefreiung geltend gemacht werden kann – Fehlende Kenntnis von konkreten Rechtsverletzungen – Meldung solcher Rechtsverletzungen als Voraussetzung für die Erwirkung einer gerichtlichen Anordnung

22.06.2021, C-439/19, Latvijas Republikas Saeima (Points de pénalité)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 5, 6 und 10 – Nationale Regelung, die den Zugang der Öffentlichkeit zu personenbezogenen Daten über Strafpunkte für Verkehrsverstöße vorsieht – Rechtmäßigkeit – Begriff der 'personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten' – Offenlegung zum Zweck der Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit – Zugangsrecht der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten – Informationsfreiheit – Ausgleich mit den Grundrechten auf Achtung des Privatlebens und auf Schutz personenbezogener Daten – Weiterverwendung der Daten – Art 267 AEUV – Zeitliche Wirkungen einer Vorabentscheidung – Für das Verfassungsgericht eines Mitgliedstaats bestehende Möglichkeit, die Rechtswirkungen einer mit dem Unionsrecht unvereinbaren nationalen Regelung aufrechtzuerhalten – Grundsätze des Vorrangs des Unionsrechts und der Rechtssicherheit

22.06.2021, C-718/19, Ordre des barreaux francophones und germanophone ua (Mesures préventives en vue d'éloignement)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 20 und 21 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Entscheidung, den Aufenthalt der betroffenen Person aus Gründen der öffentlichen Ordnung zu beenden – Präventive Maßnahmen zur Vermeidung jeglicher Fluchtgefahr der betroffenen Person während der ihr für das Verlassen des Hoheitsgebiets des Aufnahmemitgliedstaats gesetzten Frist – Nationale Vorschriften, die denjenigen ähnlich sind, die nach Art 7 Abs 3 der Richtlinie 2008/115/EG für Drittstaatsangehörige gelten – **Höchstdauer der Inhaftnahme** für die Zwecke der **Abschiebung** – Nationale Vorschrift, die sich mit der für Drittstaatsangehörige geltenden deckt

22.06.2021, C-872/19 P, Venezuela/ Rat (Affectation d'un État tiers)

Rechtsmittel – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) – Restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in **Venezuela** – Nichtigkeitsklage eines Drittstaats – Zulässigkeit – Art 263 Abs 4 AEUV – Klagebefugnis – Voraussetzung, dass der Kläger von der Maßnahme, die Gegenstand seiner Klage ist, unmittelbar betroffen ist – Begriff "juristische Person" – Rechtsschutzinteresse – Rechtsakt mit Verordnungscharakter, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht

24.06.2021, C-550/19, Obras y Servicios Públicos und Acciona Agua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraf 5 – Maßnahmen zur Vermeidung von Missbrauch durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge im Baugewerbe ("fijo de obra") – Begriff "sachliche Gründe", die die Verlängerung solcher Verträge rechtfertigen – Richtlinie 2001/23/EG – Art 1 Abs 1 – Unternehmensübergang – Art 3 Abs 1 – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer – Eintritt in die Arbeitsverträge gemäß den Bestimmungen eines Tarifvertrags – Tarifvertrag, nach dem übergegangene Arbeitnehmer nur diejenigen Rechte und Pflichten haben, die sich aus ihrem letzten Vertrag mit dem ausscheidenden Unternehmen ergeben

24.06.2021, C-559/19, Kommission/ Spanien (Détérioration de l'espace naturel de Doñana)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – **Geschützter Naturraum Doñana** (Spanien) – Richtlinie 2000/60/EG – **Ordnungsrahmen** für Maßnahmen der Europäischen Union im Bereich der **Wasserpolitik** – Art 4 Abs 1 Buchst b Ziff i, Art 5 und Art 11 Abs 1, Abs 3 Buchst a, c und e sowie Abs 4 – Verschlechterung der Grundwasserkörper –

Fehlen einer weitergehenden Beschreibung der Grundwasserkörper, bei denen die Gefahr einer Verschlechterung ermittelt wurde – Geeignete grundlegende und ergänzende Maßnahmen – Richtlinie 92/43/EWG – Art 6 Abs 2 – Verschlechterung der natürlichen Lebensräume und der Habitate der Arten

24.06.2021, C-12/20, DB Netz

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eisenbahnverkehr** – Grenzübergreifende Güterverkehrskorridore – Verordnung (EU) Nr 913/2010 – Art 13 Abs 1 – Errichtung einer einzigen Anlaufstelle für jeden **Güterverkehrskorridor** – Art 14 – Rechtsnatur der vom Exekutivrat erlassenen Rahmenregelung für die Zuweisung von Fahrwegkapazität im Güterverkehrskorridor – Art 20 – **Regulierungsstellen** – Richtlinie 2012/34/EU – Art 27 – Verfahren für die Stellung von Anträgen auf Zuweisung von Infrastrukturkapazität – Funktion der **Infrastrukturbetreiber** – Art 56 und 57 – Aufgaben der Regulierungsstelle und Zusammenarbeit zwischen Regulierungsstellen

B. SCHLUSSANTRÄGE

24.06.2021, Rs C-102/20, StWL Städtische Werke Lauf ad Pegnitz (GA Richard de la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2002/58/EG – **Verarbeitung personenbezogener Daten** und Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation – In der **Inbox** eines Nutzers eines E-Mail-Dienstes **eingeblendete Werbenachricht** – Art 2 Abs 2 Buchst h – Begriff ,**elektronische Post** – Art 13 Abs 1 – Begriff der ,Verwendung elektronischer Post für die Zwecke der Direktwerbung – Richtlinie 2005/29/EG – Unlautere Geschäftspraktiken – Anhang I Nr 26 – Begriff des ,hartnäckigen und unerwünschten Ansprechens über E-Mail'

24.06.2021, Rs C-110/20, Regione Puglia (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 94/22/EG – Energie – Bedingungen für die **Erteilung** und **Nutzung** von Genehmigungen zur Prospektion, Exploration und Gewinnung von **Kohlenwasserstoffen** – Genehmigung zur Prospektion von Kohlenwasserstoffen in einem bestimmten geografischen Gebiet für einen bestimmten Zeitraum – Abgrenzung der Fläche der Gebiete, für die eine einzelne Genehmigung gilt – **Angrenzende Gebiete** – Erteilung mehrerer Genehmigungen an ein und denselben Betreiber – **Wettbewerbsverfahren**

24.06.2021, Rs C-271/20, Aurubis (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – System für den **Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten** – Übergangsregelung zur Harmonisierung der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten – Beschluss 2011/278/EU – Art 3 Buchst d – Begriff 'Anlagenteil mit Brennstoff-Benchmark' – **Outukumpu-Verfahren** – Autothermale Reaktion – Antrag auf Zuteilung, dem nicht vor Ablauf einer Handelsperiode stattgegeben wurde

24.06.2021, Rs C-371/20, Peek & Cloppenburg (GA Szpunar)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Unlautere Geschäftspraktiken** – **Werbeaktion** – Förderung des Verkaufs der Produkte des Medienunternehmens und des Gewerbetreibenden

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

22.06.2021, Beschwerde Nr 57292/16, Hurbain / Belgien

Keine Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung), Bf (Herausgeber einer Zeitung) wurde dazu verurteilt einen 20 Jahre alten Artikel im Archiv zu anonymisieren, Interessensabwägung, Identität einer Privatperson ohne Bekanntheitsgrad, Wahrung der Integrität der Originalfassung, Verhältnismäßigkeit der Maßnahme, Verpflichtung der Medien zur Überprüfung ihrer Archive und zur Durchführung einer Abwägung der betroffenen Rechte nur im Falle einer ausdrücklichen Aufforderung

22.06.2021, Beschwerde Nr 5869/17, Erkizia Almandoz / Spanien

Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung), Rede anlässlich einer Ehrung eines Mitglieds der Terrororganisation ETA, die nicht direkt oder indirekt zu terroristischen Gewalttaten aufruft, Bf ist kein Politiker, Öffentliche Debatte im öffentlichen Interesse, unverhältnismäßige Verurteilung

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

Titel	in Kraft ab	außer Kraft mit Ablauf des
COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBI I 12/2020, ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	31.12.2020
2. COVID-19-Gesetz, BGBI I 16/2020: in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBI I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBI I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt)	22.03.2020	unverändert
3. COVID-19-Gesetz, <u>BGBI I 23/2020</u> : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBI I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBI I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020	05.04.2020	unverändert
104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBI I 104/2020, ausgegeben am 25.09.2020	26.09.2020	30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft)
Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, <u>BGBI I 138/2020</u> , ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020	unverändert
23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <u>BGBI I 23/2021</u> , ausgegeben am 20.01.2021	21.01.2021	unverändert
33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <u>BGBI I 33/2021</u> , ausgegeben am 26.02.2021	27.02.2021	unverändert
82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <u>BGBI I 82/2021</u> , ausgegeben am 14.05.2021	19.05.2021	unverändert
90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <u>BGBI I 90/2021</u> , ausgegeben am 27.05.2021	28.05.2021	unverändert
100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, <u>BGBI I 100/2021</u> , ausgegeben am 28.05.2021	29.05.2021	unverändert

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <u>BGBI II 96/2020</u> , ausgegeben am 15.03.2020	§§ 1 und 2 ab 16.03.2020	22.3.2020
VfGH:	§ 3 ab	
BGBI II 184/2021: VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021	17.03.2020	
110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <u>BGBI II 110/2020</u> , ausgegeben am 20.03.2020	21.03.2020	13.04.2020
112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBI II 112/2020, ausgegeben am 22.03.2020	23.03.2020	13.04.2020
130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <u>BGBI II 130/2020</u> , ausgegeben am 02.04.2020	03.04.2020	§§1-3 13.04.2020
VfGH:	§4 mit	§4 24.04.2020
BGBI II 486/2020: VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020	04.04.2020	34 24.04.2020
151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, <u>BGBI II 151/2020</u> , ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	§§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020
VfGH:		
BGBI II 340/2020: VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020		§4 mit Ablauf des
BGBI. II Nr. 487/2020: VfGH das Wort "angeschlossene" in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020		30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von	19.04.2020	unverändert
COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBI II 162/2020, ausgegeben am 18.04.2020	§ 2 Z 24 ab 20.04.2020	
→ Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBI II 197/2020, mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten		30.04.2020

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <u>BGBI II 98/2020</u> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	22.03.2020
VfGH:		
BGBI II 351/2020: VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <u>BGBI II 107/2020</u> , ausgegeben am 19.03.2020	20.03.2020	unverändert

VfGH:		
BGBI II 351/2020: VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, <u>BGBI II 108/2020</u> , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBI) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020)	20.03.2020	13.04.2020
VfGH:		
BGBI II 351/2020: VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020		
148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBI II 148/2020, ausgegeben am 09.04.2020	14.04.2020	30.04.2020
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBI II 162/2020, ausgegeben am 18.04.2020	20.04.2020	unverändert
→ Gem COVID-19-LockerungsVO BGBI II 197/2020, mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft		30.04.2020

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, <u>BGBI II 97/2020</u> , ausgegeben am 15.03.2020	16.03.2020	16.03.2020	
			i

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBI II 152/2020, ausgegeben am 10.04.2020	11.04.2020	Keine Angabe
427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 427/2020, ausgegeben am 02.10.2020	03.10.2020	unverändert
30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 30/2021, ausgegeben am 22.01.2021	25.01.2021	unverändert
60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 60/2021, ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt)	08.02.2021	unverändert
→ BGBI II 95/2021 berichtigt BGBI II 60/2021: statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig "ausgegeben am 05.02.2021"		

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV		
197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), <u>BGBI II 197/2020</u> , ausgegeben am 30.04.2020	01.05.2020	30.06.2020
Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten:		
 Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, <u>BGBI II 96/2020</u> Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, <u>BGBI II 98/2020</u> 		
VfGH:		
BGBI II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020		
BGBI II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020		
BGBI II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020		
207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, <u>BGBI II 207/2020</u> , ausgegeben am 13.05.2020	15.05.2020	unverändert
VfGH:		
BGBI II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft		
231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), <u>BGBI II 231/2020</u> , ausgegeben am 27.05.2020	29.05.2020	31.08.2020
VfGH:		§ 9 (2) entfällt mit
BGBI II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020		Ablauf 30.06.2020
239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020	29.05.2020	unverändert
246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020	30.05.2020	unverändert
266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020	15.06.2020	unverändert
VfGH:		
BGBI II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021		

287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), <u>BGBI II 287/2020</u> , ausgegeben am 29.06.2020	01.07.2020	31.12.2020
299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), <u>BGBI II 299/2020</u> , ausgegeben am 02.07.2020	03.07.2020	unverändert
332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 332/2020, ausgegeben am 22.07.2020	24.07.2020	unverändert
342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 342/2020, ausgegeben am 29.07.2020 VfGH:	30.07.2020	unverändert
BGBI II 146/2021: VfGH §4 Abs. 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021		
398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 398/2020, ausgegeben am 12.09.2020	14.09.2020	unverändert
407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBI II 407/2020, ausgegeben am 18.09.2020	21.09.2020	§ 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer
Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf "Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumenten- schutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)		Kraft
Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV		
412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBI II 412/2020, ausgegeben am 24.09.2020	25.09.2020	"§ 10c samt Über- schrift und die Anla- ge treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19- Maßnahmengesetz außer Kraft"
446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBI II 446/2020, ausgegeben am 15.10.2020	16.10.2020	§ 10b (4) mit 16.10. außer Kraft
Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden	§ 10c 14.11.2020	
455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBI II 455/2020, ausgegeben am 22.10.2020	25.10.2020	
Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBI II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft.	§§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020	§§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020
§ 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBI II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft.	511112020	außer Kraft

Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBI II 446/2020 wieder in Kraft.	§§ 10 (2) S 1, 10	
§ 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBI II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft.	(5) idF 446/2020 ab 23.11.2020	
456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBI II 456/2020, ausgegeben am 22.10.2020	07.11.2020	Tritt laut Covid-19- SchuMaV bereits <u>ab</u>
Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.		03.11.2020 außer Kraft.
COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV		
463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBI II 463/2020, ausgegeben am 01.11.2020 Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBI II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. Novem-	03.11.2020	30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf 16.11.2020 außer
ber 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBI II 456/2020 erlangt hätte.		Kraft (lt. NotMV 479/2020)
472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, <u>BGBI II 472/2020</u> , ausgegeben am 10.11.2020	11.11.2020	
476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBI II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020	13.11.2020	§2 22.11.2020
544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBI II	07.12.2020	23.12.2020
544/2020, ausgegeben am 04.12.2020		§ 2 16.12.2020
		16.12.2020 (lt 566/2020)
566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), <u>BGBI II</u> 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020	17.12.2020	26.12.2020
Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBI II 544/2020, außer Kraft.	§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit	§ 4 (3) Z 3 <u>mit</u> 24.12.2020 außer
Bis zum 18. Dezember 2020 gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn	24.12.2020	Kraft
1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und		
2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht.		

Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:		
1.§ 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung.		
 Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammen- künfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung. 		
598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. CO-VID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBI II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020	23.12.2020 § 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020	25.12.2020
58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI II 58/2021, ausgegeben am 05.02.2021	08.02.2021	17.02.2021
76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI II 76/2021, ausgegeben am 17.02.2021	18.02.2021	27.02.2021
94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), <u>BGBI II 94/2021</u> , ausgegeben am 25.02.2021	28.02.2021	09.03.2021
105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI II 105/2021, ausgegeben am 08.03.2020	10.03.2021	14.03.2021
111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), <u>BGBI II 111/2021</u> , ausgegeben am 12.03.2021	15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021	11.04.2021 § 2 mit Ablauf des 24.03.2021
120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), <u>BGBI. II 120/2021</u> , ausgegeben am 23.03.2021	25.03.2021	unverändert §2 mit Ablauf des 03.04.2021
139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI II Nr. 139/2021, ausgegeben am 30.03.2021	01.04.2021	25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgld.), 10.04.2021 (Wien)
147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI II Nr. 147/2021, ausgegeben am	07.04.2021	25.04.2021 §2 mit Ablauf des

06.04.2021		16.04.2021
		§25 mit Ablauf des 10.04.2021
162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI. II Nr. 162/2021, ausgegeben am 09.04.2021	11.04.2021	Unverändert §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021
171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI. II Nr. 171/2021, ausgegeben am 16.04.2021	19.04.2021	02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021
181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI. II Nr. 181/2021, ausgegeben am 23.04.2021 Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021	26.04.2021	05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021
206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI. II Nr. 206/2021, ausgegeben am 04.05.2021	06.05.2021	18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021
221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBI. II Nr. 221/2021, ausgegeben am 14.05.2021	16.05.2021	unverändert
COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV		
479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBI II 479/2020, ausgegeben am 15.11.2020 Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBI II 463/2020, außer Kraft. Die CO-VID-19-Maßnahmenverordnung, BGBI II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.	17.11.2020	06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020
528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBI II 528/2020, ausgegeben am 25.11.2020	27.11.2020	§ 1 und § 12 6.12.2020

598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBI II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020 Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBI II 566/2020, außer Kraft.	26.12.2020	04.01.2021
2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19- Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), <u>BGBI II 2/2021</u> , ausgegeben am 04.01.2021	05.01.2021	14.01.2021
17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBI II 17/2021, ausgegeben am 14.01.2021	15.01.2021	24.01.2021
27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBI II 27/2021, ausgegeben am 21.01.2021	25.01.2021	03.02.2021
49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBI II 49/2021, ausgegeben am 02.02.2021	04.02.2021	07.02.2021

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), <u>BGBI II</u> 214/2021, ausgegeben am 10.05.2021	19.05.2021	30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung),), <u>BGBI II 214/2021</u> , ausgegeben am 10.05.2021 Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG	§8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft	unverändert
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBI II 223/2021, ausgegeben am 18.05.2021	19.05.2021	unverändert
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), <u>BGBI II 242/2021</u> , ausgegeben am 01.06.2021	03.06.2021	unverändert

Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBI II 247/2021, ausgegeben am 02.06.2021	10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021	unverändert
Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), <u>BGBI II 256/2021</u> , ausgegeben am 09.06.2021	10.06.2021	unverändert

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – CO-VID-19-VvV), <u>BGBI II 63/2021</u> , ausgegeben am 10.02.2021	12.02.2021 (Tirol)	21.02.2021
85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <u>BGBI II 85/2021</u> , ausgegeben am 19.02.2021	20.02.2021	03.03.2021
98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, <u>BGBI II 98/2021</u> , ausgegeben am 03.03.2021	04.03.2021	10.03.2021

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie hier

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Mag. Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Mag. Amira Hetaba, LL.M., Mag.Stefanie Klein Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.